Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 08.08.2018, S.16

Wie sieht es rund um den Giesener Kaliberg unter der Oberfläche aus? Diese Frage beschäftigt Politiker und Fachleute immer mehr. FOTO: DPA

Grundwasser-Ärger bremst Kali-Entscheidung weiter aus

Votum über Bergwerks-Neustart noch in diesem Jahr wird immer unwahrscheinlicher / Um Probleme am alten Kaliberg droht neuer Streit

Von Tarek Abu Ajamieh

Giesen/Kreis Hildesheim. Die Entscheidung, ob der Düngemittelkonzern Kali + Salz (K+S) sein Bergwerk bei Giesen wieder in Betrieb nehmen darf, dürfte in diesem Jahr nicht mehr fallen. Grund sind die Diskussionen um die Versalzung des Grundwassers am bereits bestehenden Kaliwerk. Dieses Thema dürfte in diesem Jahr kaum abgeschlossen werden – und ohne Entscheidung dazu dürfte der Kreistag nicht den Daumen für die Salzwasser-Einleitung in die Innerste heben. Ohne dieses Okay wiederum gibt es keinen Bergwerks-Neustart.

Wie berichtet, war vor einigen Monaten bekannt geworden, dass unter und am vorhandenen Kaliberg jede Menge Salzabwasser im Boden versickert und damit im Grundwasser landet. Der Landkreis und das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) wiesen sich zunächst gegenseitig die Zuständigkeit für das Problem zu. Inzwischen haben Wirtschafts- und Umweltministerium in Hannover entschieden: Das LBEG soll sich um das Thema Grundwasser kümmern, für den Bodenschutz ist dann aber der Landkreis zuständig. Schlussfolgerung: LBEG und Landkreis sollen sich abstimmen, wie sie die Problematik bewerten und wie sie darauf reagieren sollen.

Noch liegen beide Seiten allerdings weit auseinander. Das LBEG hatte zunächst die Position eingenommen, das Versickern von Salz ins Grundwasser sei nicht erlaubnispflichtig gewesen und stelle auch keine Gefahr für das Grundwasser dar. Das sieht das Umweltministerium allerdings anders, wie aus einem aktuellen Schreiben an den Landkreis Hildesheim hervorgeht. Die Kreistagsmehrheit von SPD und CDU wiederum sieht sich dadurch in ihrer Auffassung bestätigt: Das Grundwasser-Problem sei im rechtlichen Sinne eine Gefahr und müsse dringend angegangen werden.

Bevor dieses Problem nicht geklärt ist, sieht die Große Koalition im Kreistag wenig Veranlassung, ihr Okay zur Salzwasser-Einleitung zu erteilen. Zumal sie die Sorge hat, dass zumindest in einigen Jahrzehnten auch bei einer neuen Kalihalde Probleme für das Grundwasser auftreten dürften.

Doch schon die Versalzung des Grundwassers unter dem schon vorhandenen Kaliberg dürfte für Ärger zwischen LBEG und Landkreis sorgen. Das Bergamt erklärte nämlich auf HAZ-Nachfrage zu den geplanten Maßnahmen in Sachen Grundwasser, zunächst werde K+S selbst eine „Gefährdungsabschätzung" erstellen. Das dauere voraussichtlich bis zum Jahresende, danach könne über Konsequenzen entschieden werden.

„Diese Pläne sind mit uns nicht abgestimmt", sagte CDU-Fraktionschef Friedhelm Prior gestern nach Rücksprache mit seinem SPD-Pendant Klaus Bruer. Das Duo hält wohl auch wenig davon, dass der Landkreis eine Analyse durch K+S und Vorschläge des LBEG abwarten solle. Als „Bodenschutzbehörde", wie Prior betont, könne der Kreis auch selbst tätig werden.

Klingt, als ginge es in den nächsten Wochen in erster Linie um das Grundwasser-Problem am Kaliberg – und weniger um den Neustart.